

Eitorf, den 22.12.2014

Amt 32.3/Projektgruppe - Stadtmarketing

Sachbearbeiter/-in: Hermann Neulen

Bürgermeister

i.V. _____
Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Wirtschaft, Marketing und Tourismus	15.01.2015
Rat der Gemeinde Eitorf	09.02.2015

Tagesordnungspunkt:

Stadtmarketingkonzept Eitorf - Beratung des Entwurfs des Maßnahmenkatalogs

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Marketing und Tourismus empfiehlt dem Rat, den Maßnahmenkatalog zum Stadtmarketing in der geänderten, heutigen Fassung zu beschließen.

Begründung:

Zuletzt hatte sich der AWMT in seiner Sitzung am 28.08.2014 mit dem im Entwurf vorliegenden Maßnahmenkatalog beschäftigt und beschlossen, anzustreben, in der nächsten Ausschusssitzung den Maßnahmenkatalog endgültig zu beschließen.

Die Fraktionen waren gebeten worden, Ihre Wertungen, Änderungs- und Ergänzungswünsche zum Katalog hier rechtzeitig vorzulegen, damit sie in diese Vorlage eingearbeitet werden können (AWMT/XIV/1/1).

Die bis zur Fertigstellung dieser Vorlage eingegangenen Statements der Fraktionen sind als **Anlage 1** beigefügt.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat als einzige Fraktion unter der Spalte „Modifizierung des Maßnahmentextes“ eine Vielzahl von Vorschlägen / Ideen eingebracht. Hier sei auf die bereits erwähnte Anlage 1 verwiesen. Es wird vorgeschlagen, diese Informationen an die im Maßnahmenkatalog benannten, zuständigen Akteure der Maßnahmen zu steuern, die Maßnahmenbeschreibungen im Entwurf selbst jedoch zum jetzigen Zeitpunkt unverändert zu lassen.

Als **Anlage 2** ist eine tabellarische Übersicht beigefügt, in der versucht wird, die Vorschläge der verschiedenen Fraktionen insbesondere in Bezug auf die zeitliche Priorisierung nachvollziehbar abzubilden.

Darüber hinaus wurden folgende neue Maßnahmen / Ergänzungen vorgeschlagen:

I. CDU-Fraktion

a) **Mehrgenerationenhäuser fördern**

Die CDU-Fraktion schlägt vor, den Bau von Mehrgenerationenhäusern in Eitorf zu fördern. Dazu soll eine „Plattform“ angeboten werden, die interessierte Bürger zusammenbringt, um solche Häuser auf den Weg zu bringen.

Das Thema „Wohnen“ steht hierbei im Vordergrund. Dazu gibt es im Maßnahmenkatalog bereits die Maßnahme S-Wo5 „Seniorenwohnen im Zentralort fördern“. In der Beschreibung der Maßnahme wird die Förderung vom Mehrgenerationenwohnen bereits erwähnt. Die Projektgruppe schlägt deshalb vor, den Maßnahmetitel umzubeneden in „Senioren- und Mehrgenerationenwohnen im Zentralort fördern“ und die Beschreibung entsprechend weiter zu fassen.

b) **Radwegekonzept erstellen**

Weiter wird vorgeschlagen, aufgrund der steigenden Zahl von Radfahrern in Eitorf ein Radwegekonzept zu entwickeln. Zusätzlich sollen Radfahrer auf attraktive Plätze und Einrichtungen aufmerksam gemacht werden.

Hier sei auf die Beschreibung der Maßnahme S-WI2-3 verwiesen, in dem die Schaffung eines schlüssigen Radwegekonzeptes bereits erwähnt wird. Auch die Maßnahme S-Wo7 zielt u.a. in diese Richtung. Eine Ergänzung ist daher aus Sicht der Projektgruppe entbehrlich.

c) **Veranstaltungshalle Schoellergelände etablieren**

Schließlich schlägt die CDU-Fraktion vor, die historische Werkhalle auf dem Schoellergelände zu einer Veranstaltungshalle umzubauen.

Die Firma Schoeller hat dem entgegen zuletzt bei den Kunstpunkten 2014 darauf hingewiesen, dass sie bemüht ist, für die Halle (im jetzigen Zustand) einen Mieter zu finden. An die Umnutzung als Veranstaltungshalle, die erhebliche Kosten verursachen würde, ist sie nicht interessiert. Sobald es zu einem Mietvertrag kommt, würde der Ort auch für die Durchführung der Kunstpunkte nicht mehr zur Verfügung stehen.

II. FDP-Fraktion

d) **Mehr öffentliche Toiletten schaffen**

Die FDP-Fraktion schlägt vor, dem Beispiel Sonthofen zu folgen und zusätzliche „öffentliche Toiletten“ dadurch zu schaffen, dass die ortsansässigen Gastronomen ihre Toiletten gegen einen monatlichen Zuschuss zur Verfügung stellen. In Sonthofen wird jedem Gastronom, der bei der Aktion „Nette Toilette“ mitmacht, ein monatlicher Zuschuss zwischen 20 und 30 € gezahlt. Die mitmachenden Gaststätten sind mit einem Aufkleber entsprechend gekennzeichnet. Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme KT8 entsprechend weiter zu fassen und deren Titel auf „Gastronomie: Gästezufriedenheit steigern“ abzuändern.

e) **Vereine sammeln Altpapier**

Die FDP-Fraktion schlägt weiter vor, dem Beispiel Weil am Rhein zu folgen und den Vereinen zu ermöglichen, gebündeltes Altpapier monatlich einzusammeln. Der Erlös aus den Sammlungen kommt dann den beteiligten Vereinen zu gute. Gemeinnützigen Vereinen steht diese Möglichkeit nach Rücksprache mit der RSAG auch in Eitorf offen, sofern sie dies spätestens drei Monate vor der Altpapiersammlung beim Rhein-Sieg-Kreis (Amt 66) anzeigen. Es wird vorgeschlagen, diesen Vorschlag in den Text zu E9 mit aufzunehmen. Letztendlich könnte der Erlös solcher gelegentlichen Sammelaktionen zur (Teil-)Finanzierung von Bürgeraktionen genutzt werden.

III. Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

f) **Außendarstellung Wirtschaftsförderung verbessern**

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt vor, dass die Wirtschaftsförderung insbesondere die Beratungsangebote für GründerInnen und JungunternehmerInnen kurzfristig verbessert. Zusammen mit der Kreiswirtschaftsförderung sollen gezielte Angebote für diese Klientel auch in Eitorf gemacht werden. Die Vorteile Eitorfs für Unternehmer sollen deutlicher herausgestellt werden. Gründercoaching soll angeboten werden. Aus Sicht der Projektgruppe ist dieser Aspekt bereits unter Maßnahme S-Wi5 im Maßnahmenkatalog aufgegriffen. Hier sollte die Beschreibung wie folgt ergänzt werden: In den Blick genommen werden sollen insbesondere Jungunternehmer und Gründer. Zusammen mit der Wirtschaftsförderung des RSK sollen entsprechende Beratungsangebote vor Ort entwickelt werden.

g) **Infotage für Berufsanfänger organisieren**

Die Fraktion schlägt weiter vor, Infotage für Berufsanfänger in Zusammenarbeit mit Eitorfer Ausbildungsbetrieben zu organisieren und diese Idee ggf. unter S-Wi4 zu ergänzen. Die Projektgruppe schlägt vor, den Maßnahmetitel neu zu fassen "Zusammenarbeit mit ortsansässigen Unternehmen intensivieren" und die Beschreibung wie folgt zu ergänzen "Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen intensiviert werden, um z.B. gemeinsam einen lokalen Infotag für Schulabgänger zu organisieren."

h) **Geschäftsziele der Entwicklungs-GmbH überarbeiten**

Die Grünen schlagen vor, die Zielsetzung der Entwicklungs-GmbH grundlegend zu ändern. So sollen nicht wie bisher überwiegend Grundstücksgeschäfte getätigt werden, sondern Aufgaben aus der Verwaltung nach dort ausgelagert werden. Beispielhaft werden erwähnt, Standortanalyse, Unternehmensberatung, Innenstadtwerbung, Durchführung von Events usw.. Dieser Vorschlag berührt aus Sicht der Projektgruppe nicht den Maßnahmenkatalog „Stadtmarketing“. Hier geht es darum, welche Geschäftsziele zukünftig die Entwicklungs-GmbH verfolgen soll. Diese Entscheidung obliegt allein den Gremien der Eitorfer Entwicklungsgesellschaft.

i) **Energiegewinnung und –speicherung**

Die Grünen bemängeln, dass der Maßnahmenkatalog die „Energiefrage“ gänzlich vernachlässige. Sie schlagen weiter vor, die innovative Power-to-Gas Methode zur Energiegewinnung und –speicherung für Eitorf zu thematisieren.

Hier sei erwähnt, dass unter S-Wo6 das Thema zumindest gestreift wird. Dort wird vorgeschlagen, eine Erdgastankstelle in Eitorf zu etablieren, um den Umstieg auf diesen umweltschonenden PKW-Antrieb zu unterstützen.

„Als Power-to-Gas (kurz PtG oder P2G, deutsch etwa: „Elektrische Energie zu Gas“) wird ein chemischer Prozess bezeichnet, in dem mittels Wasserelektrolyse mit teilweise nachgeschalteter Methanisierung unter dem Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energien (EE) ein Brenngas hergestellt wird. Das so erzeugte Gas wird auch als EE-Gas bezeichnet. Je nach Art der eingesetzten erneuerbaren Energie wird das Gas auch Windgas, Solargas oder ähnlich genannt, je nach chemischer Zusammensetzung des Gases wird statt des Begriffes „Gas“ auch „Methan“ oder „Wasserstoff“ verwendet. Power-to-Gas bezeichnet also die Umwandlung regenerativ erzeugter elektrischer Energie in chemische Energie und deren Speicherung im verfügbaren Gasnetz in Form verschiedener Gase (Quelle <http://de.wikipedia.org/wiki/Power-to-Gas>). Erste Forschungs- und Demonstrationsanlagen dieser Technik existieren in Deutschland. Ob trotz des fehlenden Angebots an regenerativer Energie vor Ort (z.B. durch lokale Windkraftanlagen) diese innovative Technik in Eitorf etabliert werden kann, ist zumindest kritisch zu hinterfragen.

Denkbar wäre es, eine zusätzliche Maßnahme zum Thema „Energie“ im Konzept zu verankern. Thematisch wäre diese im Bereich des Standortmarketings – Wirtschaft anzusiedeln. Unter einer Maßnahme könnte man inhaltlich auch ökologische Ziele wie z.B. Energieeinsparungen bei öffentlichen Gebäuden, Ökostrombezug o.ä. verankern.

j) **Geschäftsfelder der Gemeindewerke erweitern**

Weiter wird vorgeschlagen, dass die Gemeindewerke Eitorf zukünftig auch als Lieferant von Wärme und Energie (z.B. durch Blockheizkraftwerke) auftreten. Es wird dabei erwartet, dass die neuen Geschäftsfelder helfen, die Kostenstruktur der Gemeindewerke positiv zu beeinflussen. Auch hier gilt, dass der Vorschlag aus Sicht der Projektgruppe nicht den Maßnahmenkatalog „Stadtmarketing“ berührt. Hier geht es darum, welche zusätzlichen Geschäftsfelder zukünftig die Gemeindewerke Eitorf verfolgen sollen. Hierzu bedarf es ggf. politischer Entscheidungen an anderer Stelle.

k) **Direktvertrieb der landwirtschaftlichen Betriebe Eitorfs fördern**

Neben einem einheitlichen Vermarktungssiegel für Eitorfer Landwirtschaftsbetriebe könnte eine Vermarktungsgenossenschaft den Direktvertrieb der Produkte in die Hand nehmen, so der Vorschlag. So sollen neue Absatzwege erschlossen und landwirtschaftliche Höfe gesichert werden.

Die Projektgruppe sieht eine Aufnahme dieses Vorschlages in den Maßnahmenkatalog eher kritisch. Ob neue Absatzwege der Landwirtschaft unter Marketinggesichtspunkten für Eitorf wichtig sind, wird bezweifelt.

l) **Errichtung einer energieautarken Wohnsiedlung fördern**

Eine solche Wohnsiedlung soll Stadtmenschen zum Zuzug nach Eitorf motivieren, um der demografischen Entwicklung entgegen zu wirken. Es ist allerdings fraglich, ob Zuzug aus benachbarten Städten nach Eitorf sich durch neue Wohngebiete mit hohen, die individuellen Vorstellungen sehr einschränkenden Maßgaben zur Energieversorgung generieren lässt. Beim Baugebiet „Blumenhof“ bot die Marktlage letztlich nicht die Grundlage für eine Klimaschutzsiedlung.

m) Jugendkulturförderung mit Nachbarkommunen stärken

Vorgeschlagen wird, die Jugendkulturförderung mit den Nachbarkommunen zu forcieren. In diesem Zusammenhang sei auf das bereits begonnene Jugendprojekt „Kulturrucksack“ hingewiesen. Seit 2013 läuft dieses Projekt erfolgreich gemeinsam in den Kommunen Windeck, Ruppichteroth, Much und Eitorf unter Einbindung des vorhandenen Jugendnetzwerkes in Eitorf. Hier sei auf Maßnahme S-Wo4 verwiesen.

Die sicher wünschenswerte zeitnahe Umsetzung der identifizierten Maßnahmen bedingt i.d.R. neben der entsprechenden Absicht, zumindest für alle Maßnahmen für die Mitarbeiter der Verwaltung als Akteure benannt sind, die Verfügbarkeit entsprechender personeller und finanziellen Ressourcen bei der Kommune.

Personell stellt es sich so dar, dass ab 1.1.2015 die bisherige Mitarbeiterin in der Wirtschaftsförderung Nadine Schade die Gemeindeverwaltung verlässt und die Stelle zumindest in 2015 nicht wiederbesetzt wird. Frau Schade hat als stellv. Projektleiterin maßgeblich Arbeiten im Zusammenhang mit dem Marketingprozess übernommen. Eine Neubestellung eines Mitarbeiters in diese Funktion ist bisher nicht erfolgt.

Darüber hinaus hat der Projektleiter Hermann Neulen und frühere Amtsleiter des Amtes 40 (Kultur, Sport, Marketing und Tourismus) zwischenzeitlich auch die Amtsleitung des Amtes 32 (Bürgerdienste und Stadtmarketing) übernommen und kann seither die Aufgaben im Bereich Marketing nicht mehr im bisherigen zeitlichen Umfang wahrnehmen.

Die im Katalog beschriebenen Maßnahmen bedingen in aller Regel darüber hinaus, dass finanzielle Mittel zu deren Realisierung zur Verfügung stehen, z.B. für die Beauftragung von Agenturen etc.. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen haben deswegen u.a. intensive Gespräche auf Verwaltungsvorstandsebene stattgefunden. Letztendlich wurden für die Umsetzung erster Maßnahmen (Priorität kurzfristig) entsprechende Mittelanforderungen für den Ergebnis- und den Finanzplan (investiv) durch die Projektgruppe erstellt. Da die Aufwendungen hierfür – auch nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht des RSK – dem freiwilligen Bereich zuzurechnen sind, gelten hier die strengen Vorgaben der Haushaltsgenehmigungen zum Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde. Danach ist eine Ausdehnung des Budgets nur zulässig, wenn an anderer Stelle in gleichem Umfang im freiwilligen Bereich Reduzierungen erfolgen.

Aufgrund dessen stehen nach den derzeitigen Haushaltsplanungen im Finanzplan 2015 ff je 25.000 € und im Ergebnisplan 18.500 € zur Verfügung. Von den 18.500 € sind bereits 4.000 € für Veranstaltungen wie Kneipennacht gebunden, so dass effektiv dort noch 14.500 € in 2015 zur Verfügung stehen. Mit diesen geringen Finanzmitteln werden in 2015 nur erste kleine Schritte / Maßnahmen realisiert werden können.

Das zuvor Geschilderte sollte insbesondere in Bezug auf die zeitliche aber auch die generelle Umsetzbarkeit des Maßnahmenkatalogs nicht außer Acht bleiben.